



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Poincarè, eine Gefahr für Europas Frieden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Grenzboten

Politik, Literatur und Kunst

81. Jahrgang, 20. Mai 1922

Nummer 19

Poincaré, eine Gefahr für Europas Frieden.

Von Pierrepont B. Hayes.

Ins Deutsche übertragen von Dr. Badberg.

Dieser Aufsatz erschien zuerst im Editorial der New York „World“ vom 5. Februar 1922. Verfasser ist der frühere amerikanische Oberkommissar in der Rheinlandkommission, Pierrepont B. Hayes, der im Sommer 1920 wieder nach Amerika zurückgekehrt ist. Er ist bekannt als Leiter und Besitzer der wegen ihrer musterhaften sozialen Einrichtungen weit über die Grenzen Amerikas genannten Oneida Community (Fabrik für Silberwaren) und seine Betätigung auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Mit Präsident Garfield vom Williams College trat er 1917 in die amerikanische Kohlenkommission ein. Als solcher wurde er später nach Frankreich geschickt und hat dort in verschiedenen Kommissionen, die bei den Friedensverhandlungen zusammengefasst wurden, mitgearbeitet, bis er als amerikanischer Oberkommissar in das Rheinland kam. Er ist der Verfasser des Buches: „While Europe waits for Peace“, das starkes Aufsehen erregt hat.*)

Die Wahl Mr. Poincarés zum Ministerpräsidenten Frankreichs kommt als eine der unangenehmsten und entmutigendsten Ueberraschungen für alle diejenigen, die nach drei Jahren ständiger Enttäuschung kürzlich Grund zu haben glaubten, endlich hoffnungsfreudig in eine bessere Zukunft schauen zu können. Amerikas Volk sehnt sich nach dauerndem Frieden und nach der Wiederherstellung normaler Verhältnisse. Es hat niemals verstehen können, weshalb hier eine Verzögerung eintrat; und obgleich es sich dauernd und krampfhaft bemühte, seine traditionelle Freundschaft für Frankreich zu bewahren, gehen ihm doch jetzt allmählich die Augen auf, und

*) P. B. Hayes „Wo Europa doch des Friedens harret“. Ins Deutsche übertragen von Regierungsrat Dr. Appellmann. Verlag Engelmann, Berlin.

langsam kommt es zu der Ueberzeugung, daß bei Frankreichs Politik letzten Endes „der Hase im Pfeffer liegt“. Unter diesen Umständen bedeutet das Auftauchen von Mr. Poincaré alles eher als ein vertrauensweckender Ausblick in die Zukunft. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden damit die Ereignisse katastrophal beschleunigt werden, und es wird eine englische „Erlösung“ kommen; diese aber doch nur in dem Sinne wie das Auftreten einer akuten Krise eine Erlösung in einer sich monatelang hinschleppenden Krankheit bedeutet.

Seit den ersten Tagen des Waffenstillstandes ist Mr. Poincaré der Venter und Behüter des neuen französischen Nationalismus gewesen. Er hat mit argusäugiger nie rastender Wachsamkeit die Tätigkeit der französischen Regierung verfolgt und überwacht, und aus dem Schatten, in dem er stand, heraus, hat dieser Cato französischer Politik Minister, Premiers und Präsidenten terrorisiert, sobald sie auch nur den Versuch machten, mit sentimentalem Internationalismus Kompromisse einzugehen. Der Sieg der Alliierten über Deutschland wurde von Poincaré als willkommenere Gelegenheit zur Verwirklichung von Plänen begrüßt. Seinen Jynismus alten Stils hat er sich nie umnebeln lassen von dem Traume, man dürfe Frankreichs Sicherheit irgend einem „System von Weltfrieden“ anvertrauen. Sein Auge blieb fest gerichtet auf die eine große Möglichkeit, Deutschland zu ruinieren. Aber so wie sich die Verhältnisse entwickelten, ergab sich für den scharf beobachtenden Poincaré in seiner einfachen Formel „Delenda est Carthago“ doch ein kleiner verhängnisvoller schwacher Punkt. Sechzig Millionen Deutsche können wirklich nicht so ohne weiteres und mit Aussicht auf Erfolg zum Ruin geleitet oder dauernd niedergehalten werden in einem Europa, in dem die Streitigkeiten und Eifersüchteleien von Dutzenden von alten oder neu erstandenen Nationen Verbrüderungen und Verbindungen aller Art möglich machen. Wenn die Sicherheit Frankreichs und der Friede Europas sich wirklich und ausschließlich auf militärische Grundlagen stützen sollen, dann gibt es nur eine Antwort, nur eine Formel: Frankreich muß herrschen; herrschen nicht bloß über Deutschland, sondern über ganz Europa. Diese Art europäischen Friedens hat schon Napoleon erstrebt. Hinter den letzten drei Premiers hat Mr. Poincaré gestanden wie ein Gespenst, den Finger dauernd gerichtet auf das vor ihnen liegende Problem. Als Mr. Millerand Premier wurde, wagte er es nicht, trotzdem er früher zu den Liberalen gezählt hatte, auch nur den Anflug einer Neigung zum Liberalismus zu bekunden. Als ich darob einer bedeutenden französischen Persönlichkeit gegenüber meine Ueberraschung zum Ausdruck brachte, wies er auf Mr. Poincaré und sagte: „Mr. Millerand hat „mitgemacht“ bis zum letzten i-Punkt, und er wurde Präsident. Mr. Briand hat „mitgemacht“ bis er glaubte, stark genug zu sein, Mr. Poincaré und der Militaristengruppe den Absagebrief reichen zu dürfen. Dann bewegte er sich vorsichtigen Schrittes dem Kompromiß entgegen — und — er fiel. Jetzt will Poincaré die Aufgabe selber lösen.“

Trotzdem Mr. Poincaré beim Volke nicht beliebt ist, scheint er doch hinreichende Unterstützung zu finden, um seine ultra-nationalistische Politik durchführen zu können. Frankreichs Volk befindet sich in einer eigenartigen Stimmung. Es lechzt nach Frieden und Glück; die Enttäuschung über die letzte dreijährige Politik seiner Regierung ist stetig im Wachsen. Das

so oft wiederholte, aber nie erfüllte Versprechen: „Deutschland wird bezahlen und alles wird wieder gut“ verliert allmählich seine Zugkraft, das Volk aber hängt noch dauernd an dem Gedanken: Wenn die Politiker „es nur Foch überließe“, er würde die Deutschen schon zum Zahlen bringen. Dies Gefühl hat die Militaristengruppe als wirkliche Macht hinter dem Throne halten können. Poincaré weiß das. Er hat sich selbst zum Interpret der Militaristengruppe gemacht. Er ist stets ihr bürgerliches Haupt gewesen. Ohne ihn wäre diese Gruppe, genau wie in anderen Ländern, wahrscheinlich schon längst geschlagen und von den Politikern an die Wand gedrückt worden. Ohne ihn wäre auch sicherlich schon irgend ein Abkommen mit den Elementen, die von innen und außen her auf Versöhnung und Abrüstung drängen, zustande gekommen.

Im Jahre 1920 hatte ich eine außergewöhnlich gute Gelegenheit, Mr. Poincaré aus nächster Nähe zu beobachten. Derzeit war er Vorsitzender der Wiedergutmachungskommission. In einer ganzen Reihe recht scharfer Diskussionen saß ich in seiner unmittelbaren Nähe. Ich beobachtete ihn vorurteilslos, aber mit den Augen eines Geschäftsmannes, der die Beweggründe und Ziele jemandes, der auf das zukünftige Wohlergehen von uns allen einen gewichtigen Einfluß ausüben muß, zu ergründen sich bemüht. Hier bot sich eine selten gute Gelegenheit, seinen wirklichen Absichten auf den Grund zu kommen, da er sich damals bemühte, Bestimmungen zu erlassen, die den Ausschuß von fünf Sachkennern, von denen ich einer war, in unseren Besprechungen mit der deutschen Delegation über das Kohlenabkommen lenken oder vielmehr die Hände binden sollten. Wider meinen Willen zwang sich mir die Ueberzeugung auf, daß Mr. Poincaré gar kein Abkommen wünschte, daß er auch garnicht so sehr größere Kohlenmengen für Frankreich erstrebte, als vielmehr, daß er darum kämpfte, Deutschland in der Rolle des Vertragsbrechers zu erhalten, um auf diese Weise dauernd eine Möglichkeit und „Berechtigung“ für militärischen Angriff zu haben. Was ich hier sage, ist unangenehm, aber meine Schlussfolgerung paßt durchaus zu vielen von Mr. Poincarés früheren Handlungen und Äußerungen, und der Kurs, den er seitdem genommen, hat meine Behauptung durchaus bestätigt.

Wenn Amerikas Volk sich diesen Standpunkt von Mr. Poincaré nur scharf zu eigen machen will, wird es darin den Schlüssel finden zu vielem, was in den Wiedergutmachungsverhandlungen bislang unverständlich war, sowie in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Großbritannien, in den Zick-Zack-Zügen der französischen Politik, und endlich in Briands zähem Festhalten an der Behauptung, Frankreich müsse ein Heer von 850 000 Mann haben und bedürfe einer größeren Flotte. Kleiden Sie diese nationalistische Politik meinetwegen in mildere Worte, wenn's beliebt; entschuldigen Sie dieselbe, wie wir es ja letzten Endes alle tun müssen, aber schauen Sie ihr fest ins Gesicht. Machen Sie sich mit der Tatsache vertraut, daß jener Mann, der durch Wort und Tat das offizielle Frankreich dauernd daran hinderte, auch nur einen anderen Schritt zu unternehmen, als den, Europas Angelegenheiten lediglich auf militärischem Wege zu regeln; — daß er, der mehr als irgend ein anderer getan hat, das nicht denkende Volk zur Doktrin militärischer Gewalt zu ver-

lehren, jetzt an der Spitze der französischen Nation steht.

Schon zwei Jahre lang habe ich darauf hingewiesen, daß jeder Premier Frankreichs im Augenblick, wo er auch nur um einen Zollbreit nach einem Kompromiß hinlehne, gestürzt werden würde; daß Mr. Poincaré dessen Platz einnehmen und schließlich eine französische Armee in das Ruhrgebiet einfallen und es besetzt halten würde. Meine erste Vorhersage hat sich bereits bewahrheitet; die Erfüllung der zweiten — befürchte ich — steht unmittelbar bevor.

Aber nur wenige Leute in unserem Lande scheinen wirklich zu erfassen, was eine Besetzung des Ruhrgebietes für Frankreichs Militaristen bedeutet. Kein anderer Amerikaner ist vielleicht besser in der Lage gewesen, als ich es in den Jahren 1919-20 war, die Entschiedenheit des französischen Oberkommandos, diese Besetzung durchzuführen, und dessen zornig-nervöse Ungeduld über den britischen Widerstand hiergegen zu beobachten.

In den Friedensverhandlungen wurde vom Ruhrgebiet wenig gesprochen. In jenen Tagen schaute Frankreich wegen „Sicherheit“ noch auf Amerika und den Völkerbund. Erst nachdem die Vereinigten Staaten unzweideutig ihre Absicht bekundet hatten, sich ganz aus europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen, trat die Absicht, das Ruhrgebiet zu besetzen, in die Erscheinung.

Ich habe nie geglaubt, daß Mr. Clemenceaus Kampf in der Friedenskonferenz um eine fünfzehnjährige „Besetzung“ des Rheinlandes aus anderen Erwägungen heraus resultierte, als denen, die Entwaffnung Deutschlands und das Eintreiben der Reparationsschuld militärisch gewährleisten zu sehen. Die Ruhr hatte damals, nach meiner Ueberzeugung, in den Plänen der französischen Regierung noch keine strategische Bedeutung. Bekannt ist ja freilich, daß der vom französischen Oberkommando eingefädelt und geführte „Dorten-Aufstand“ im Mai 1919, die Einbeziehung von Ruhr und Westfalen in das „Besatzungsgebiet“ mit zum Ziele hatte; doch scheinen die französischen Staatsmänner, mit denen ich sprach, damals nur wirtschaftliche Vorteile im Auge gehabt zu haben. Jeder wird sich noch der Ruhraufstände im März 1920 erinnern. Frankreich verbot es Deutschland damals, Truppen zu entsenden, um den Aufstand niederzuschlagen, und Marshall Foch riet den Alliierten in aller Deffentlichkeit, das Gebiet zu besetzen. Seit jenen Tagen steht die Besetzung des Ruhrgebietes fest mit auf dem Programm. Im April desselben Jahres wurden mehrere Regimenter aus Frankreich herangeholt und in der Nähe von Köln zusammengezogen. Man bat die Briten um die Erlaubnis, einen französischen Flieger-Strich-Punkt in ihrem Brückenkopf errichten zu dürfen. Bis ins Kleinste ausgearbeitete militärische Pläne hinsichtlich Mannschaften und Geschütze wurden den britischen Behörden von den Franzosen unterbreitet. Selbst der Tag des Einmarsches war schon festgesetzt.

Während dieser ganzen Zeit hat England die Besetzung des Ruhrgebietes allein und ohne Unterstützung von anderer Seite verhindert; und seine Zähigkeit in dieser Hinsicht hat mehr denn einmal die Harmonie der Entente bedroht. Zur Zeit des Ultimatus der Alliierten im Jahre 1921 freilich wurde England zum Nachgeben gezwungen, aber nur insofern, als es seine Zustimmung geben mußte, zu einer Besetzung, die sich auf Punkte am Rhein entlang erstreckte. Drei Premiers in Frankreich

haben nacheinander zurückgezuckt vor dem Wagnis, wegen des Ruhrgebietes mit England zu brechen. Möglich, daß Lloyd George noch weiterhin sich diesen Plänen erfolgreich widersetzen kann, aber, wenn's ihm nicht gelingt, und wenn Frankreichs Parlament sich hinter Poincaré stellt, dann erscheint es mir doch wahrscheinlich, daß schon in nächster Zeit französische Truppen in jenes Gebiet einrücken.

Bekanntlich hat Poincaré den „Obersten Rat“ in dem die verantwortlichen Vertreter beider Nationen ihre Probleme Auge in Auge besprachen, aufgelöst. Er hat der Welt verkündet, daß Frankreichs Geschäfte wieder in Zukunft durch jene labyrinthisch verdrehten Botschafterkanäle geleitet werden würden, welche die verderbenbringende Vortriebsdiplomatie möglich machten. Kaum eine Woche nachdem Mr. Poincaré sein Amt übernommen, wies er auf „neue Maßnahmen“ hin, die ergriffen werden müßten, und er wiederholte Millerands Wort, das dieser vor zwei Jahren geprägt, daß die fünfzehnjährige Besetzung des Rheinlandes noch garnicht begonnen habe und erst dann ihren Anfang nehme, wenn jede Bedingung des Versailler Vertrages erfüllt sei.

Man wird fragen, weshalb Frankreich die Besetzung des Ruhrgebietes so leidenschaftlich betreibt, und warum England mit gleicher Festigkeit sich dagegen sträubt. Aus zwei Gründen: Das Ruhrgebiet mit seinen 120 000 000 Tonnen jährlicher Kohlenförderung, zusammen mit Schlesien, das etwa 50 Millionen Tonnen liefert, bildet die Hauptkohlenquelle für Kontinental-Europa. Jede Nation, die dieses Feld beherrscht, hat die Hand an der Gurgel des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands und — wenn auch in geringerem Maße — an der von wenigstens fünf anderen Ländern Zentral-Europas.

England mag es mit einer gewissen Genugtuung begrüßen, daß Frankreich in der Lage ist, jeder deutschen Munitionsfabrik der Zukunft die Kohle zu entziehen; aber England ist durchaus berechtigt, sich einer Kohlenkontrolle zu widersetzen, die die gesamte deutsche Industrie der französischen Politik auf Gnade und Ungnade ausliefert, und wodurch jede Möglichkeit eines wirtschaftlichen und industriellen Wiederauflebens in Kontinental-europa illusorisch wird, ein Aufleben, von dem unser eigenes Wohlergehen sowohl als das Englands abhängt. Eine französische Wirtschaftsbeherrschung von Europa unter solchen Umständen ist, um es milde auszudrücken, höchst unerwünscht.

Zu dieser Frage gibt's aber noch eine andere Seite, die in Europa wohl beachtet wird, wenn's auch scheint, als wenn man sie an dieser Seite der Atlantik nicht erkennt. Ein im Ruhrgebiet stehendes französisches Heer ermöglicht ohne weiteres eine militärische Beherrschung Europas, eine Beherrschung, die aus sich selbst heraus täglich aggressiver und unerträglicher werden würde. Wenn durch irgendwelche Veranlassung oder auch durch Zufall ein solcher Einmarsch stattfindet, bedeutet er das Ende des Friedens für die lebende Generation, und für Amerika sowohl als für Europa ein unbegrenztes Hinausschieben wirtschaftlichen Aufblühens. Es würde ein lange Aera fieberhaften Strebens und Hassens bedeuten, dessen Ende niemand voraussagen könnte.

Scheint dies übertrieben? Ziehen Sie doch einmal die Entwicklungsmöglichkeiten in Erwägung. Wenigstens 250 000 Mann würden erforder-

lich sein, um Ruhrgebiet und Rheinland zu besetzen. Die Kosten für den Unterhalt dieser Truppen, die wohl nicht gut aus dem Rheinland entnommen werden könnten, ließen sich leicht aus der Kohle und anderen Quellen des Ruhrgebietes erzielen; 250 000 gedrückte und vollständig ausgerüstete Truppen, die in den nächsten 25 Jahren im Herzen Europas bereitstehen, ohne Frankreich auch nur einen Pfennig zu kosten, müssen jedes Land in Kontinental-Europa einschüchtern. Und das ist noch lange nicht alles. Ein imperialistisches Regime jeden Landes muß in der Lage sein, sich selbst daheim zu schützen. Radikalismus, der heiß unter der Oberfläche glimmt, hat sich fester in Frankreich eingenistet, als die Außenwelt ahnt; eine imperialistische Marschroute aber zeugt zwangsläufig einen Geist der Revolte. Ein bürgerliches, sich aus den jungen Leuten Frankreichs rekrutierendes Heer, würde aber, selbst im Falle der Notwendigkeit, niemals auf Franzosen schießen. Nun ist es doch klar, daß Truppen, die außerhalb ihres eigenen Landes zwei Jahre lang verwendet werden, den Charakter von „Söldnern“ annehmen. Ein Heer, das dauernd in Europa stationiert ist, und sich zum weitaus größten Teil aus afrikanischen Kolonialtruppen zusammensetzt, gleicht der Prätorianer-Garde Roms: für eine autokratische Regierung eine geradezu ideale Stütze. Innerhalb 24 Stunden könnten 100 000 Mann dieser Truppen nach Paris geworfen werden, und auf Befehl würden sie schießen. So würde ein Besatzungsheer im Ruhrgebiet ein doppelseitiges Schwert bedeuten, jederzeit gezückt, Revolten niederzuschlagen, daheim sowohl als draußen.

Ich will nicht behaupten, daß diese Vision in ihrer ganzen Vollendung schon den Geist Poincarés bewegt. Ich glaube indes, daß er fest davon überzeugt ist, Frankreich müsse um seiner eigenen Sicherheit willen, jene vorherrschende militärische Stellung einnehmen, die Deutschland vor dem Kriege innehatte. Ich glaube weiterhin, daß er sowohl wie Marshall Foch und in erhöhtem Maße noch General Wiegand und seine militärischen Berater die Besetzung von Ruhrgebiet und Rheinland als ersten Schritt zu einer solchen Beherrschung ansehen. Die Geschichte sowohl als unser gesunder Menschenverstand werden uns aber sagen, daß, wenn ein solcher Schritt einmal getan ist, die Forderungen militärischer Notwendigkeit eine Nation noch viel weiter führen.

Ich habe das Vorhergehende wirklich nicht gedacht als Kritik Frankreichs. Mein einziger Wunsch ist, des amerikanischen Volkes Augen zu öffnen und für die Rolle, die unsere Regierung in Europa spielen muß, wenn wir Frieden haben wollen und wenn die Rückkehr zu normalen Verhältnissen in den Bereich der Möglichkeit rücken soll. Es ist wertlos, von Besserungen auf dem Handelsmarkte zu reden, solange noch Furcht, Ehrgeiz und militärische Intriguen ein wirtschaftliches Wiederaufleben in Europa unmöglich machen. Es ist schlimmer als wertlos; es ist unehrlich, ja es ist eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, angesichts der Ereignisse der letzten drei Jahre, noch länger zu behaupten, Europa könne aus sich selbst heraus gefunden werden.

Unmittelbar nach dem Kriege ließ das französische Volk sich zu 90 v. H. von der Angst und zu kaum 10 v. H. von militärischem Ehrgeiz leiten. Heute ist es umgekehrt, und die Verantwortung hierfür ruht hauptsächlich bei den Vereinigten Staaten, die sich im kritischen Augenblick zurückzogen,

und es Frankreich allein überließen, nach eigenem Können und Wollen ein militärisches System zu seiner „Sicherheit“ aufzurichten. Wenn sich dann im Laufe der Weiterentwicklung dieser Pläne eine militärische Situation ergab, die Anlaß bot zu ehrgeizigen Weiterentwicklungsmöglichkeiten, so dürfen wir Frankreichs Volk wirklich nicht allein dafür zur Verantwortung ziehen.

Ist es nicht allmählich an der Zeit, einmal hinter das oberflächliche Geschwätz von der „Verbesserung der europäischen Lage“ zu schauen und uns mit der Tatsache vertraut zu machen, daß sich drüben nichts verbesserte, daß die fundamentalen Vorbedingungen dort seit Kriegsende mit jedem Tage schlimmer geworden sind. Diejenigen, die 1920 noch dachten, eine Stabilisierung Europas ginge uns nichts an, beginnen jetzt allmählich einzusehen, daß zerstörte europäische Märkte ruinöse Preise für Amerikas Weizen und Baumwolle bedeuten. Ich glaube auch annehmen zu dürfen, daß die Erkenntnis für die Tatsache wächst, daß keine wesentliche Verbesserung des amerikanischen Handelsverkehrs möglich ist, solange der nunmehr schon drei Jahre alte tote Punkt des „Festgebissenseins“ in Europa nicht überwunden ist, und die Politik der Industrie kein Aufleben und der Waluta keine Besserung gestattet. Inwieweit das amerikanische Volk im allgemeinen seine eigene Verantwortlichkeit für diesen toten Punkt des „Festgebissenseins“ erkennt, kann ich nicht sagen. Es kann aber nicht oft genug wiederholt werden, daß nur wir allein die Situation retten, oder es zum mindesten verhindern können, daß sie noch schlimmer sich gestaltet.

Großbritannien hat sein Bestes getan. Aber es wird täglich klarer, daß alles, was es ohne unser Zutun leisten kann, eben das ist, den Bestand dieses toten Punktes noch zu retten. Ich fürchte aber, daß Poincaré jetzt diesen toten Punkt überwinden wird, und zwar dadurch, daß er sich in waghalsigster Weise auf der militärischen Bahn weiterbewegt und Schritte unternimmt, die Europa auf Jahre hinaus in Unordnung und Verwirrung stürzen müssen.

Der Präsident und sein Kabinett, die bislang dem Theater gleichsam von hinter der Bühne her zugeschaut haben, müssen dies wissen. Sie warten auf die Gesinnungsänderung eines Volkes, dem man bis dato vorgerebet hat, wir könnten und sollten „verstrickende Bündnisse“ meiden. Möglich, daß die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine Fortdauer der schlechten Geschäftslage schließlich doch das amerikanische Volk aufpeitschen, aber dann ist es leicht zu spät. Jetzt ist die Zeit, wo die öffentliche Meinung der Verwaltung in Washington zurufen muß: „Ihr braucht nicht länger rücksichtsvoll zu sein. Ihr braucht uns nichts weiszumachen. Ihr könnt wirklich aufhören, herumzukramen mit einer Konferenz über Schwierigkeiten in der Pazifik, während jenseits der Atlantik des Übels wahrer Kern zu finden ist. Dies ist eine Nation von Erwachsenen, von Männern. Das Land hat den Mut umzukehren, wenn es zur Überzeugung gelangt, daß seine Schlussfolgerungen soweit falsch waren. Es braucht seinen Stolz nicht gedämpft zu bekommen, noch seine Konsequenzen geschützt durch spitzfindige Sophistereien oder durch das Zusammenberufen einer „Gesellschaft“, einer „Konferenz“ oder ähnliches. Was wir brauchen, ist eine mutvolle vorwärtsgerichtete Politik, die Interesse nimmt an den Geschicken Europas, die den Militarismus ver-

bannt, die die Sicherheit wieder herstellt, die Zahlungsfähigkeit hebt, System in die Valutafrage bringt und endlich die Industrie im Ausland wieder belebt und uns im eigenen Lande damit normale Geschäftsbedingungen schafft.

Wie wir uns auch winden und wenden mögen, um Rückschläge zu vermeiden, die Ereignisse werden uns letzten Endes doch dazu zwingen, die Hauptrolle in irgendeiner Art von „Völkervereinigung“ zu spielen. Die Zeit ist zu kurz, als daß wir ein eigenes derartiges Institut aufstun könnten. Und weshalb auch? Der europäische Völkerbund ist die „etablierte Firma“, bereit, ihre Geschäftsräume zu eröffnen, sobald sie nur unserer Unterstützung sicher ist. Wir können aus ihr machen was wir wollen. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß, wenn wir es recht meinen mit dem Frieden da draußen und dem Glück daheim, wir garrnichts schnell genug Anschluß suchen können an der bestehenden Liga der Völker.

Die Anschlußbewegung der Deutsch-Oesterreicher.

Von Prof. Dr. Freiherr v. D a n d e l m a n n .

Am 20. Oktober 1848 hielt der der Partei des Weidenbusches angehörige Göttinger Historiker und Abgeordnete Georg Waitz in der Frankfurter Nationalversammlung eine Rede über die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland, in der er unter anderem sagte: „Deutschland hat das wunderbare und traurige Schicksal gehabt, daß es nach allen Seiten hin, ringsherum an seinen Grenzen in einen unklaren, zweifelhaften, vollkommen haltlosen Zustand hineingeraten ist . . . Eben dadurch ist das deutsche Staatsgebäude mehr noch, als es früher war, ein Monstrum geworden, wo sich nirgends scharfe Grenzen ziehen ließen, und wo keiner sagen konnte: Hier ist Deutschland, und da hört es auf. Wir müssen aus diesem Zustande heraus, wir müssen wissen, was zu uns gehört, was mit uns geht. Wir müssen scharfe Grenzen ziehen, um reine Grundlagen zu gewinnen.“ Nachdem Waitz dann auf das Verhältnis Deutschlands zu Limburg, Luxemburg, Schleswig-Holstein und Posen eingegangen ist, fährt er fort: „Oesterreich ist eine der merkwürdigsten Staatenverbindungen, welche die Geschichte jemals aufgewiesen hat, eine Vereinigung von Völkern, Nationalitäten, Sprachen und deren Verhältnissen, wie sich kaum eine ähnliche, wenigstens in der neuen Geschichte zeigt . . . Es ist die Zeit herangekommen, wo die Nationalitäten sich fester und inniger aneinander schließen, wo sie sich staatlich zu konzentrieren suchen . . . Der Meinung bin ich, daß es jedenfalls darauf ankommt, uns klarzumachen, wie das Verhältnis Oesterreichs zu uns sein soll. Und da ist mir nicht erst von gestern die Ueberzeugung gekommen, daß jene österreichische Monarchie nicht mehr, für die Länge wenigstens, nicht mehr Bestand haben wird. Meine Herren! Die Nationalitäten haben sich erhoben in Italien, in Ungarn, es haben sich erhoben die Slawen und zuletzt die Deutschen: sie haben sich erhoben, jede für ihr Recht, für ihre Selbständigkeit, am Ende alle doch im Hinblick auf eigene staatliche Gestaltung. Ich glaube nicht,